

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **29.10.2009** im Ratssaal des Schlosses,  
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/025

Beginn öffentlicher Teil: 19:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:55 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

**Ratsvorsitzender**

Walter, Klaus-Dieter

**1. stellv. Bürgermeisterin**

Unverzagt, Hartmut - ab TOP 4 -  
Weilert-Penk, Christa

**Ratsherren/-frauen**

Alker, Rudolf  
Braun, Hartmut  
Brönnemann, Alfred  
Degenhard, Walter  
Ethner, Regina  
Fleischmann, Michael  
Gärtner, Bodo  
Gersemann, Christia-  
ne  
Gilke, Anette  
Heldt, Gabriele  
Hinz, Gerald  
Hunze, Carl  
Leppert, Florian  
Leykum, Maria  
Lüddecke, Dieter  
Meinig, Birgit  
Morich, Hans-Dieter  
Obst, Wolfgang  
Pilgrim, Adolf-W.  
Rickert, Heidrun  
Rohde, Paul - ab TOP 4 -  
Rück, Stefanie  
Schrader, Karl-Ludwig  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Weber, Ulrike  
Wunn, Ina Prof. Dr. - ab TOP 8 -  
Dr.  
Zielonka, Holger Dr.

### **Verwaltung**

Bauoberrat	Herbst, Rainer
Gleichstellungsbeauftragte	Pape, Petra
Stadtrat	Philipps, Lutz
Stadtoberamtsrat	Rode, Hans
Dipl.-Oec.	Scholz, André
Erster Stadtrat	Strecker, Dagobert
Baurat	Trappmann, Hendrik
Stadtinspektorin	Vitt, Silke
Stadtoberamtsrat	Voutta, Jens

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 27. August 2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Entwurf Haushaltssatzung 2010  
Vorlage: 2009 0619
6. Stellenplanentwurf 2010  
Vorlage: 2009 0573
7. Entwurf Investitionsprogramm 2010  
Vorlage: 2009 0620
8. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung  
Vorlage: 2009 0582
9. 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)  
Vorlage: 2009 0605
10. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung  
Vorlage: 2009 0583
11. Umlageberechnung VHS Ostkreis Hannover  
Vorlage: 2009 0512
12. Einführung von Leistungsentgelten für die Beamtinnen und Beamten  
Vorlage: 2009 0615
13. 40-jähriges Dienstjubiläum des Bürgermeisters Alfred Baxmann  
Vorlage: 2009 0616

14. Bildung eines Umlegungsausschusses  
Vorlage: 2009 0612
15. 1. Verlängerung der 1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 0-23/2 "RaifenstraÙe", Satzungsbeschluss  
Bezugsvorlage 2007 0267  
Vorlage: 2009 0576
16. Vereinfachtes Umlegungsverfahren "Gewerbepark Nordwest 1. Abschnitt"  
Bezugsvorlagen 2009 0562 und 2009 0535  
Vorlage: 2009 0587
17. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf  
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009 -  
Vorlage: 2009 0607
18. Burgdorf Pass  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 15.10.2009 -  
Vorlage: 2009 0625
19. Fußgänger- und radlerfreundliche Ampelschaltungen in der Kernstadt  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis, vom 14.10.2009 -  
Vorlage: 2009 0624
20. Resolution des Rates; hier: Verbesserung der Qualität der Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen;  
Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 30.11.2008  
Vorlage: 2009 0609

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

**(Vor Beginn der Tagesordnung im ‚Öffentlichen Teil‘)**

Es wurden keine Fragen gestellt.

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

**Herr Walter** eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

**Herr Walter** teilte mit, dass Frau Wackerbeck und Herr Plaß entschuldigt fehlten. Ferner teilte er mit, dass Frau Prof. Dr. Dr. Wunn und Herr Unverzagt später zu der Ratssitzung erscheinen würden.

Im Anschluss stellte **Herr Walter** die ordnungsgemäÙe Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### Beschluss:

**Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.**

## 2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 27. August 2009**

---

### Beschluss:

**Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 27.08.2009 wurde mit 25 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen genehmigt.**

Frau Prof. Dr. Dr. Wunn, Herr Rohde und Herr Unverzagt waren zum Zeitpunkt der Abstimmung noch nicht anwesend.

## 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Es wurden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

**Herr Walter** gratulierte den Ratsmitgliedern, welche seit der letzten Ratssitzung ihren Geburtstag feiern konnten.

**Herr Walter** verwies ferner auf eine am 02.11.2009 um 17.30 Uhr stattfindende Info-Veranstaltung zum „Neuen Kommunalen Rechnungswesen (NKR) mit dem Thema „Erster doppischer Haushalt der Stadt Burgdorf“. Referent sei Herr Prof. Dr. Armin Goldbach, welchen er als Zuhörer bei der heutigen Ratssitzung recht herzlich begrüße.

## 4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

Zunächst bemängelte **Herr Obst**, dass er der Presse entnehmen musste, dass der Bürgermeister hinsichtlich der Anfrage der CDU-Ratsfraktion nicht zunächst den Rat, sondern vorab die Medien und die Presse informiert habe.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass nicht die Stadt Burgdorf die Presse informiert habe, sondern diese sich an die Stadt gewandt habe, mit der Bitte um Abgabe einer entsprechenden Information zu der Angelegenheit. Unabhängig von der Anfrage einer Fraktion habe die örtliche Presse nach dem Pressegesetz ein Informationsrecht. Diesem Informationsrecht müsse die Verwaltung genügen, so dass die Stadt Burgdorf überhaupt keine andere Möglichkeit habe, als die entsprechenden Informationen an die Presse weiterzugeben.

Im Anschluss erörterte **Herr Obst** seine Anfrage und verlas die einzelnen Fragen. Der Leiter der Tiefbauabteilung, Herr Herbst, gab sodann mündlich die Antworten auf die einzelnen Fragen. Die Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 16.10.2009 ist dem Protokoll als Anlage 1) beigefügt. Die Antwort der Tiefbauabteilung auf die vorgenannte Anfrage ist dem Protokoll als Anlage 2) beigefügt. Da die im Rahmen der Sitzung gegebenen Antworten **zum**

**Teil** von dem in der Anlage beigefügten Vermerk abweichen, werden diese im Einzelnen nochmals festgehalten.

Frage 1: ‚Welche Abteilung der Stadtverwaltung hat wann für die Sorgenser Straße im Bereich der Kleingartenkolonie „Hungerkamp“ eine Querungshilfe gefordert.‘

Hierzu erklärte **Herr Herbst**, dass die Tiefbauabteilung der Politik entsprechende Vorschläge unterbreitet habe.

**Herr Obst** erklärte hierzu, in den Ausschüssen sei nicht über die Querungshilfe als solches diskutiert worden.

Hierzu wies **Herr Herbst** darauf hin, dass im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsausschuss ein entsprechender Plan vorgestellt worden sei, so dass insofern deutlich werden musste, dass es sich hier um eine „Verkehrinsel“ handele.

Frage 2: ‚Teilt der Bürgermeister mit mir die Auffassung, dass in der Vergangenheit im Bereich der jetzt angelegten Querungshilfe weder Fußgänger noch Radfahrer die Sorgenser Straße gekreuzt haben und diese daher an dieser Stelle deplaziert ist? Wenn ja, warum wurde die Querungshilfe gerade an dieser Stelle gefordert und welche Bezugsbeziehungen wurden zugrunde gelegt? Wenn nein, warum hat sich der Bürgermeister nicht umfassend, z.B. bei Anliegern des Baugebietes ‚Langes Feld‘ bzw. den Kleingärtnern informiert?‘

**Herr Herbst** erklärte, diese Auffassung werde nicht von Seiten der Stadt geteilt, da aus eigener Anschauung der Querungsbedarf erkennbar war und ferner in Zukunft nach Erstellung der Kompensationsmaßnahmen B 188n durch den Radverkehr von der „Sorgenser Mühle“ kommend in Richtung Neubaugebiet „Langes Feld“ über die „Rhedener Straße“ in Richtung Südstadt ein noch stärkerer Querungsbedarf gegeben sein werde.

Frage 3: ‚Warum wurden Lagepläne aus den 90er Jahren verwandt und warum hat es im Bezug auf die Planung der B 188n keine neuen Pläne gegeben? Immerhin ist der Beschluss für die Nordumgehung schon einige Jahre her.‘

**Herr Herbst** erklärte hierzu, es handele sich um eine Baumaßnahme der Straßenbauverwaltung. Die Stadt Burgdorf sei nicht Träger der Baumaßnahme B 188 n bzw. L 311. Es entziehe sich der Kenntnis der Stadtverwaltung, warum diese Pläne von der Straßenbauverwaltung verwandt worden seien. Hierzu könne daher von Seiten der Stadt keine Aussage getroffen werden.

Frage 4 : ‚Gab es von Seiten des Bürgermeisters Hinweise an die Planungsbehörden, dass durch die Anlegung der Querungshilfe die Fahrbahn zu dicht an die Bäume kommt? Wenn ja, wann?‘

**Herr Herbst** wies darauf hin, dass es keine Hinweise geben konnte, da die Stadt nicht informiert gewesen sei. Die Bauleitung der Straßenbauverwaltung sei zudem selbst überrascht gewesen, als die Firma Papenburg festgestellt habe, dass die Pläne nicht zutreffend seien. Man könne im Übrigen nicht erwarten, dass die Stadt Burgdorf besser informiert sei als die eigentlichen Planungsträger.

Frage 5: ‚Aus den Protokollen des Umweltausschusses ist zu entnehmen, dass der Bürgermeister über eine Querungshilfe informiert hat, nicht aber über das Abholzen von 11 Bäumen. Warum wurden darüber weder der Umwelt- noch der Verwaltungsausschuss informiert?‘

**Herr Herbst** erklärte, dies habe man nicht wissen können. Man habe lediglich geplant, drei kleinere Linden mit einem Stammdurchmesser von 20 cm zu fällen. Bei den anderen acht Bäumen habe sich erst am 07.10.2009 herausgestellt, dass die vorhandenen Straßenbäume im Gegensatz zu den Plandarstellungen und entgegen den gültigen Richtlinien zu nahe am Straßenrand stünden. Er weise nochmals darauf hin, dass es sich um eine Maßnahme der Straßenbauverwaltung gehandelt habe. Eine Baustoppverhängung hätte im Übrigen zu nicht unerheblichen Kosten geführt.

Frage 6: ‚Wo ist hinterlegt, dass der Mindestabstand der Bäume, wie im Anzeiger von Burgdorf vom 10.10.09 geschrieben steht, von der Fahrbahn einen Meter betragen muss? Warum wurde beim Umbau der Sorgenser Straße zu damaliger Zeit dieser Abstand nicht eingehalten? Ist aufgrund der Abstandsangabe im Anzeiger für Burgdorf damit zu rechnen, dass die beidseitige Baumreihe zwischen der Fichtestraße und der Rhedener Straße auch noch abgeholzt wird, da hier der Mindestabstand nicht eingehalten wird?‘

**Herr Herbst** verwies auf eine Verfügung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 10.02.1999, welche innerorts einen Abstand der Bäume zur Fahrbahn von 1,0 m vorsehe. Darüber hinaus verweise er auf die Richtlinie aus dem Jahre 2008 (Richtlinie für den passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug Rückhaltesysteme), wonach Bäume als Gefahrenquelle einstuft würden, so dass diese, wenn keine Schutzplanken aufgestellt werden können, bei einem Abstand von weniger als 1,0 m vom Fahrbahnrand, zu entfernen seien. Weiterhin bleibe festzustellen, dass vier von den fünf gefällten Bäumen an den Wurzeln beschädigt gewesen seien. Dies sei für die Straßenbauverwaltung letztlich der Grund gewesen, die Fällung anzuordnen. Die vorgenannte Vorschrift sei zum Zeitpunkt des Ausbaues in den 90er Jahren noch nicht gültig gewesen. Im Bereich der „Fichtestraße“ bis zur „Rhedener Straße“ erfolge lediglich eine Deckensanierung. Bei Sanierungsarbeiten seien die vorgenannten Vorschriften nicht anzuwenden.

Frage 7: ‚Teilt der Bürgermeister mit mir die Auffassung, dass die Politik davon ausgehen kann, künftig weitergehende Informationen, wie schon beim Kreuzungsausbau Hannoversche Neustadt/Wallgartenstraße geschehen, erst dann erhält, wenn der Anzeiger für Burgdorf informiert wurde und die Arbeiten abgeschlossen sind? Wenn nein, was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um den Rat der Stadt über das zu Geschehene frühzeitig zu informieren?‘

**Herr Herbst** erklärte, schon jetzt erfolge eine frühzeitige Information des Rates, wo dies in irgendeiner Form möglich sei. Natürlich könnten nur kurzfristige Entscheidungen vor Ort einen zügigen Bauablauf gewährleisten. Auf Nachfrage von Herrn Obst erläuterte **Herr Herbst**, dass geplant sei als Ersatz für die gefällten Bäume 14 Ahornbäume zu pflanzen. Diese würden aller Voraussicht nach radwegbegleitend in Richtung der Ortschaft Sorgensen, auf der rechten Seite des Radweges, gepflanzt. Dies müsse noch mit der Straßenbaubehörde abgestimmt werden. Von dort erwarte man aber keine Einwände.

5. **Entwurf Haushaltssatzung 2010**  
**Vorlage: 2009 0619**

---

In seiner (der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten) Haushaltsrede ging **Herr Philipps** auf die wichtigsten Zahlen und Fakten des ersten nach den Regeln des ‚Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR)‘ aufgestellten Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2010, des Investitionsprogramms sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ein.

6. **Stellenplanentwurf 2010**  
**Vorlage: 2009 0573**

---

- siehe TOP 5 -

7. **Entwurf Investitionsprogramm 2010**  
**Vorlage: 2009 0620**

---

- siehe TOP 5 -

8. **Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung**  
**Vorlage: 2009 0582**

---

**Herr Fleischmann**, bemängelte, dass die Radwege in der Vergangenheit ungenügend von Schnee und Eis befreit worden seien.

**Herr Philipps** erklärte, der Winterdienst werde an den Witterungsverhältnissen ausgerichtet. Man halte hierfür auch das notwendige Personal und die Maschinen vor, soweit dies möglich sei. Beim Eintreten von extremen Wetterverhältnissen bitte man jedoch um Verständnis dafür, dass es dementsprechend auch länger dauere, bis alle Fahrbahnen sowie Radwege geräumt seien. Des Weiteren seien für die Räumung der Fußwege die Anlieger und nicht die Stadt Burgdorf zuständig.

**Frau Ethner** erklärte ebenfalls, dass die Radwege im Winter nicht ausreichend abgestreut seien. Sie habe festgestellt, dass zumindest außerhalb der Stadt die Radwege nicht ausreichend geräumt seien. Sie bitte darum, bei extremen Wetterverhältnissen diese Radwege von Schnee und Eis zu befreien.

**Herr Herbst** erklärte, außerhalb des Stadtumfeldes sei die Stadt Burgdorf in der Regel nicht zuständig, sondern der Bund, das Land oder die Region Hannover. Die von dort angewandten Standards seien zum Teil leider niedriger als die der Stadt Burgdorf, da diese einen wesentlichen größeren Bereich zu betreuen hätten und personell unter Engpässen litten. So sei die Straßenbauverwaltung an die Stadt Burgdorf herangetreten mit der Bitte, ihre Radwege mitzubetreuen. Derzeit werde geprüft, in welcher Form diesem Wunsch entgegengekommen werden könne.

**Beschluss:**

Der Rat beschloss mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, die 10. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 19.11.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2009 0582 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung zu erlassen.

9. **8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)**  
Vorlage: 2009 0605
- 

Herr Morich gab noch einige aus seiner Sicht wichtige Erläuterungen zu der Vorlage 2009 0605.

**Beschluss:**

Der Rat beschloss einstimmig, die 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf – Marktgebührensatzung – (in der der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten Fassung) zu erlassen.

10. **Änderung der Entwässerungsabgabensatzung**  
Vorlage: 2009 0583
- 

Herr Fleischmann verwies auf die Vorlage 2008 0438 – Änderung der Entwässerungssatzung – und erläuterte, warum er der Vorlage 2009 0583 nicht zustimmen werde. Er könne die Gebühren und Kostenentwicklung nicht nachvollziehen und verlange daher von der Verwaltung eine Erklärung.

Herr Philipps erklärte, dass zur Ermittlung von Gebühren und Kosten zunächst eine Kalkulation aufgestellt werde, welche entweder punktgenau zutreffe, was selten vorkomme, oder nach ‚oben‘ bzw. ‚unten‘ abweiche. Die Stadt dürfe nur maximal kostendeckende Gebühren erheben. Eine Gebühr werde zunächst kalkuliert und nach Ablauf des Gebührenzeitraumes (in der Regel ein Jahr) werde die tatsächliche Kostenentwicklung geprüft. Erst dann könne festgestellt werden, ob die veranschlagten Gebühren zur Kostendeckung ausreichend seien. Seien diese nicht kostendeckend, folge eine Gebührenerhöhung. Seien die Kosten im Ergebnis niedriger als die veranschlagten Gebühren, rechne man die Überschüsse mit in die nächste Gebührenkalkulation ein. Hierbei handele es sich um einen einfachen und auch nachvollziehbaren Mechanismus, welcher der Gebührenerhebung bzw. der Gebührenkalkulation zu Grunde gelegt werde.

**Beschluss:**

Der Rat beschloss mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, die 12. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2009 0583 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage D beigefügten) Fassung zu erlassen.



11. **Umlageberechnung VHS Ostkreis Hannover**  
**Vorlage: 2009 0512**
- 

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig die Mitglieder der Verbandsversammlung zu beauftragen, dem vorgetragenen Vorschlag in der Verbandsversammlung der VHS zuzustimmen.**

12. **Einführung von Leistungsentgelten für die Beamtinnen und Beamten**  
**Vorlage: 2009 0615**
- 

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf fasste mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung den zu Ziff. b) der Vorlage 2009 0615 formulierten Beschluss.**

13. **40-jähriges Dienstjubiläum des Bürgermeisters Alfred Baxmann**  
**Vorlage: 2009 0616**
- 

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf fasste mit 30 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung den zu Ziff. b) der Vorlage 2009 0616 formulierten Beschluss.**

14. **Bildung eines Umlegungsausschusses**  
**Vorlage: 2009 0612**
- 

**Herr Pilgrim** erklärte, von Seiten der Mehrheitsgruppe würden als Vertreter des Rates im Umlegungsausschuss Herr Kurt-Ulrich Schulz (WGS-Fraktion) sowie Herr Dr. Holger Zielonka (SPD-Fraktion) und als deren Vertreter/in Frau Christa Weilert-Penk (SPD-Fraktion) und Herr Adolf W. Pilgrim (SPD-Fraktion) vorgeschlagen.

**Herr Obst** erklärte, von Seiten der CDU-Fraktion werde Herr Barthold Plaß und als dessen Vertreter Herr Alfred Brönnemann vorgeschlagen.

**Herr Fleischmann** erklärte, er werde der Vorlage nicht zustimmen und erläuterte die Gründe, die zu seiner Entscheidung geführt haben.

**Beschluss:**

**Der Rat fasste mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme folgenden Beschluss:**

„Der Rat

- a) bildet gem. 3 Abs. 1 der Nds. Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches (DVO-BauGB) in der Fassung vom 24.05.2005 einen

**Umlegungsausschuss,**

stellt die Besetzung des Umlegungsausschusses mit (stellvertretenden) Ratsmitgliedern, dem (stellvertretenden) Vorsitzenden sowie mit (stellvertretenden) Fachmitgliedern gem. § 51 Abs. 4 NGO – wie in der Vorlage gem. der Vorschlagsliste zu b) dargestellt und von der Mehrheitsgruppe sowie der CDU-Fraktion vorgetragen – fest.

Die Zusammensetzung des Umlegungsausschusses wird als Anlage 3) der Niederschrift beigelegt.

15. 1. Verlängerung der 1. Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. O-23/2 "Raiffeisenstraße", Satzungsbeschluss  
Bezugsvorlage 2007 0267  
Vorlage: 2009 0576
- 

Herr Fleischmann erklärte, er werde der Vorlage nicht zustimmen und erläuterte seine Gründe hierfür.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste mit 30 Ja- Stimmen und 1 Nein Stimme den zu Ziff. 3 der Vorlage 2009 0576 formulierten Beschluss.

16. Vereinfachtes Umlegungsverfahren "Gewerbepark Nordwest 1. Abschnitt"  
Bezugsvorlagen 2009 0562 und 2009 0535  
Vorlage: 2009 0587
- 

**Beschluss:**

Der Rat fasste mit 30 Ja- Stimmen und 1 Nein-Stimme den zu Ziff. 3) der Vorlage 2009 0587 formulierten Beschluss.

**17. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf  
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009 -  
Vorlage: 2009 0607**

---

**Herr Alker** erläuterte die Vorlage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009. Der Antrag sei auf der Grundlage einer von der Stadt Hannover verabschiedeten Vorlage verfasst worden. Angesichts der Situation in der Gesellschaft wolle man von Seiten der SPD-Fraktion einen kleinen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit leisten. Den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, solle durch diesen Pass eine bessere Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben ermöglicht werden. Der Antrag solle in den Ausschuss für Soziales und die ausländische Mitbürger, den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden. Man bitte diesbezüglich um Zustimmung.

**Herr Obst** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Er wolle jedoch klar stellen, dass nicht nur die SPD auf diesem Gebiet bereits tätig geworden sei. Entscheidend sei zu wissen, wie groß der Personenkreis sei. Ferner sei klar zu definieren, wo man Schwerpunkte setzen möchte. In den Fachausschüssen seien diese Kriterien noch abschließend zu diskutieren.

**Herr Lüddecke** erklärte, die FDP-Fraktion werde dem Antrag ebenfalls zustimmen. Er sei ebenfalls dafür, die wichtigen Eckpunkte in den Fachausschüssen zu diskutieren. Die Details wie beispielsweise die Höhe der finanziellen Belastung, der in Frage kommende Personenkreis sowie die Frage, welche Einzelmaßnahmen gefördert werden, sollten jedoch im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erörtert werden.

**Herr Alker** wies darauf hin, dass zur Klärung solcher Details die Fachausschüsse gebildet worden seien. Diese hätten die Kriterien festzulegen und entsprechende Arbeitsaufträge an die Verwaltung zu erteilen.

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009 in den Fachausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger, den Fachausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.**

**18. Burgdorf Pass  
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom  
15.10.2009 -  
Vorlage: 2009 0625**

---

**Herr Fleischmann** erläuterte seinen Antrag vom 15.10.2009. Mit seinem Antrag versuche er, an dem Antrag der SPD-Fraktion anzusetzen. Die Stadt könne noch mehr für die Burgdorfer/innen tun, indem sie beispielsweise ein kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen oder eine kostenlose Kindertagesbetreuung für Geringverdienende anbiete. Hierbei handele es sich um ‚Kleinigkeiten‘, welche der Stadt finanziell nicht wehtun.

Es sei Fakt, dass selbst Personen mit einem ‚normalen‘ Einkommen Schwierigkeiten hätten, die hohen Gas- und Stromtarife der Stadtwerke zu zahlen. Bei seinem Antrag handele es sich um einen durchaus realistischen Antrag und er erwarte, dass dieser Antrag auch die Mehrheit im Rat finde. Er beantrage daher die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Soziales und die ausländischen Mitbürger, den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie den Jugendhilfeausschuss.

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig, den Antrag des Herrn Fleischmann „Das Linksbündnis“ vom 15.10.2009 in den Ausschuss für Soziales und ausländische Mitbürger, den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.**

19. **Fußgänger- und radlerfreundliche Ampelschaltungen in der Kernstadt - Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis, vom 14.10.2009 - Vorlage: 2009 0624**
- 

**Herr Fleischmann** erläuterte seinen Antrag vom 14.10.2009, die Ampelschaltungen fußgänger- und radfahrerfreundlicher zu gestalten. Er erhoffe sich von dem Antrag, dass die Wartephasen für Radfahrer und Fußgänger überprüft und angepasst werden. Durch die neue Umgehungsstraße habe man weniger Verkehr in der Innenstadt. Diese Möglichkeit solle genutzt werden, um die Querungszeiten von Fußgängern und Radfahrern in der Innenstadt deutlich auszuweiten, d.h. die Grünphasen zu erhöhen und die Wartephasen zu verkürzen. Daher beantrage er die Überweisung seines Antrages in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

**Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig, den Antrag des Herrn Michael Fleischmann „Das Linksbündnis“ vom 14.10.2009 in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zu überweisen.**

20. **Resolution des Rates; hier: Verbesserung der Qualität der Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen; Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 30.11.2008 Vorlage: 2009 0609**
- 

**Frau Gersemann** gab noch einige Erläuterungen zu der Resolution des Rates hinsichtlich der Verbesserung der Qualität der Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen. Nach fast einem Jahr könne man sich glücklich schätzen, überhaupt noch eine Antwort erhalten zu haben. Diese Antwort sei jedoch nicht wirklich zufrieden stellend. Das Nds. Kultusministerium habe in seiner Stellungnahme dem Petenten die Errungenschaften des Kita-Gesetzes erläutert und auf die finanzielle Beteiligung an dem Ausbau der Krippenplätze bis zum Jahre 2013 verwiesen. In diesem Zusammenhang finde sich in der Stellungnahme das Wort „voraussichtlich“. Die Stellungnahme lese sich wie ein ‚Werbetext‘ einer Hochglanzbroschüre. Man

sonne sich in den Errungenschaften der Vergangenheit. Den Kern des Anliegens berühre die Antwort aber nicht. Das Land habe wahrscheinlich schon bei der Formulierung der Antwort die zu erwartenden Steuersenkungspläne der Bundesregierung und die damit verbundenen Einnahmeausfälle erahnt.

Eltern wünschten sich eine zuverlässige und qualifizierte Betreuung ihrer Kinder, eine gute Bildung von Anfang an. Genau in diese Richtung habe die gemeinsame Resolution gezielt. Im Fazit lasse sich feststellen, dass das Land von den Kommunen erwarte, Klimmzüge zu machen, coache sie noch ein wenig mit Theorie und schicke sie sodann in den ‚Regen‘ mit den wohlmeinenden Worten: „ Die Zuständigkeit für das Vorhalten einer bedarfsgerechten Betreuung liegt beim örtlichen Träger der Jugendhilfe.“ Abschließend stellte **Frau Gersemann** fest, dass das Land sich letztlich aus seiner Verantwortung zurückziehe.

An Frau Gersemann gerichtet, erklärte **Herr Obst**, er habe es nicht anders erwartet, als dass sie der Landesregierung eine ‚Schelte‘ erteile. Er weise jedoch darauf hin, dass es der Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Schröder ebenfalls nicht gelungen sei, die Kommunen in dieser Hinsicht zu unterstützen. Dass der Familie ein höherer Stellenwert zukomme, sei in erster Linie der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau von der Leyen, zu verdanken. Unter der rot-grünen Koalition sei dies nicht geschafft worden. Er sei der Ansicht, die Stadt Burgdorf sei so gut gestellt, dass man mit dieser Antwort gut leben könne. Das Angebot in der Stadt Burgdorf im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder sei gut, obgleich natürlich noch etwas verbessert werden könnte. Die Debatte, die die ganze Angelegenheit seinerzeit überhaupt angestoßen habe und die Tatsache, dass die Situation nunmehr eine ganz andere als noch vor zehn Jahren sei, verdanke man einzig der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Ursula von der Leyen.

### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Burgdorf nahm die Stellungnahme des Nds. Kultusministeriums vom 25.09.2009 zur Resolution des Rates zur Kenntnis.**

### **Einwohnerfragestunde**

**(nach Ende der Sitzung im ‚Öffentlichen Teil‘)**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Im Anschluss bat **Frau Prof. Dr. Dr. Wunn** darum, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen.

**Frau Prof. Dr. Dr. Wunn** wies darauf hin, dass sie ihr Mandat zum 15.11.2009 niederlegen werde. Diesen Entschluss habe sie dem Bürgermeister der Stadt zu angemessener Zeit mitgeteilt. Sie bedauere diesen Entschluss, er sei jedoch nicht zu vermeiden, da sie ihren Wohnsitz aus persönlichen Gründen nach Hannover verlegen werde.

Die Stadt Burgdorf sei ihr sehr ‚ans Herz gewachsen‘.

Abschließend bedankte sie sich bei einigen Mitgliedern des Rates und der Verwaltung, die sich nach ihrer Auffassung besondere Verdienste erworben hätten bzw. mit denen sie gerne zusammengearbeitet hätte.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführerin